

Abschrift .

Der Chef der Sicherheitspolizei
PP/II/-288/39 geh.

Berlin, den 21. Sept. 1939

Schnellbrief

An

die Chefs aller Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei

Betrifft : Judenfrage im besetzten Gebiete .

Ich nehme Bezug auf die heute in Berlin stattgefundene
Besprechung und weise noch einmal darauf hin , dass die geplanten
Gesamtmassnahmen /als das Endziel/ streng geheim zu halten sind .

Es ist zu unterscheiden zwischen

1./ dem Endziel / welches längere Fristen beansprucht /
und

2/ den Abschnitten der Erfüllung dieses Endzieles ,
/ welche kurzfristig durchgeführt werden /

Die geplanten Massnahmen erfordern gründlichste Vorbereitung
sowohl in technischer , als auch in wirtschaftlicher Hinsicht .

Es ist selbstverständlich , dass die bevorstehenden Aufgaben
von hier in allen Einzelheiten nicht festgelegt werden können .
Die nachstehenden Anweisungen und Richtlinien dienen gleichzeitig
dem Zwecke , die Chefs der Einsatzgruppen zu praktischer Ueberle-
gungen einzuleiten .

I.

Als erste Massnahme für das Endziel gilt zunächst die
Konzentrierung der Juden vom Lande in die grössere Städte.

Sie ist mit Beschleunigung durchzuführen .

Es ist dabei zu unterscheiden :

I./ zwischen den Gebieten Danzig und Westpreussen , Posen , Ober - schlesien und

2./ den übrigen besetzten Gebieten .

Nach Möglichkeit soll das unter Ziffer I/ ernannte Gebiete von Juden freigemacht werden , zum mindestens aber dahin gezielt werden , nur wenige Konzentrierungsstädte zu bilden .

In den unter Ziffer 2/ ermahnten Gebieten sind möglichst wenige Konzentrierungspunkte festzulegen , sodass die späteren Massnahmen erleichtert werden . Dabei ist zu beachten , dass nur solche Städte als Konzentrierungspunkte bestimmt werden , die entweder Eisenbahnknotepunkte sind oder zum mindestens an Eisenbahnstrecken liegen.

Es gilt grundsätzlich , dass jüdische Gemeinden mit unter 500 Köpfen aufzulösen und der nächstliegenden Konzentrierungsstadt zuzuführen sind .

Dieser Erlass gilt nicht für das Gebiet der Einsatzgruppe I., welches etwa , östlich von Krakau liegend , umgrenzt wird von Pelanice Jaroslaw , der neuen Demarktionslinie und der bisherigen slowakisch-polnischen Grenze . Innerhalb dieses Gebietes ist lediglich eine behelfsmässige Judenzahlung durchzuführen . Des weiteren sind die nachstehenden behandelten jüdischen Aeltestenräte aufzustellen.

II.

Jüdische Aeltestenräte .

I./ In jeder jüdischen Gemeinde ist ein jüdischer Aeltestenrat aufzustellen , der , soweit möglich, aus den zurückgebliebenen Persönlichkeiten und Rabinern zu bilden ist . Dem Aeltestenrat haben bis zu 24 männliche Juden / je nach Grösse der jüdischen Gemeinde anzugehörigen .

Er ist im Sinne des Wortes voll verantwortlich zu machen für die exakte und termingemässe Durchführung aller ergangenen oder noch ergehenden Weisungen .

2/. Im Falle der Sabotage solcher Weisungen sind den Räten die scharfsten Massnahmen anzukündigen .

3./ Die Judenräte eine behelfsmässige Zahlung der Juden - möglichst gegliedert nach Geschlecht / altersklassen /

a/ bis 16 Jahren , b/ von 16 bis 20 Jahren und c/ darüber, und nach den hauptsächlichen Berufsschichten in ihren örtlichen Bereichen vorzunehmen und das Ergebnis in kürzester Frist zu melden .

4./ Den Aeltestenräten sind Termine und Fristen des Abzuges , die Abzugsmöglichkeiten und schliesslich die Abzugstrassen bekanntzugeben . Sie sind sodann persönlich verantwortlich zu machen für den Abzug der Juden vom Lande .

Als Begründung für die Konzentrierung der Juden in die Städte hat zu gelten , dass sich Juden angeblich an den Franktiseurüberfällen und Plünderungsaktion beteiligt haben .

5./ Die Aeltestenräte in den Konzentrierungsstädten sind verantwortlich zu machen für die geeignete Unterbringung der aus dem Lande zuziehenden Juden .

Die Konzentrierung der in Städten wird wahrscheinlich aus allgemein sicherheitspolizeilichen Gründen Anordnung in diesen Städten bedingen , dass den Juden bestimmte Stadtviertel überhaupt verboten werden , dass sie stets jedoch unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Notwendigkeiten z. B. das Ghetto nicht verlassen zu einer bestimmten Abendstunde nicht mehr ausgehen dürfen , usw.

6./ Die Ältestenräte sind auch verantwortlich zu machen für die entsprechende Verpflegung der Juden auf dem Transport in die Städte. Es sind keine Bedenken geltend zu machen, wenn die abwandernden Juden ihr bewegliches Gut, soweit technisch überhaupt möglich, mitnehmen.

7./ Juden, welche den Befehl, in die Städte umzusiedeln, nicht nachkommen, ist in begründeten Fällen eine kurz bemessene Nachfrist zu gewähren. Es ist ihnen strengste Bestrafung anzukündigen, wenn sie zu dieser Frist nicht nachkommen sollten.

III.

Alle erforderlichen Massnahmen sind grundsätzlich stets im engsten Benehmen und Zusammenwirken mit den deutschen Zivilverwaltungs- und örtlich zuständigen Militärbehörden zu treffen.

Bei der Durchführung ist zu berücksichtigen, dass die wirtschaftliche Sicherung der besetzten Gebiete keine Schaden leiden.

I/ Es ist vor allem Rücksicht zu nehmen auf die Bedürfnisse des Heeres. z.B. wird es sich kaum vermeiden lassen, zunächst da und dort Handelsjuden zurückzulassen, welche zur Verpflegung der Truppen mangels anderweitiger Möglichkeit unbedingt zurückbleiben müssen.

In diesen Fällen ist jedoch im Benehmen mit der örtlichen zuständigen deutschen Verwaltungsbehörden die alsbaldige Arisierung dieser Betriebe anzustreben und die Auswanderung der Juden nachzuholen.

2./ Bei der Wahrung der deutschen Wirtschaftsinteressen in den besetzten Gebieten ist es selbstverständlich, dass jüdische Lebens - Kriegs oder für den Jahresplan wichtige Industriezweige und Betriebe zunächst erhalten bleiben müssen.

Auch in diesen Fällen ist die alsbaldige Arisierung anzustreben und die Auswanderung der Juden nachzuholen .

3./ Es ist schliesslich Rücksicht zu nehmen auf die Ernährungslage in den besetzten Gebieten . So sind z. B. Grundstücke jüdischer Siedler nach Möglichkeit den benachbarten deutschen oder auch polnischen Bauern zur Mitbewirtschaftung kommissarisch in Pflege zu geben ; so dass die Einbringung der noch aussenstehenden Ernte bzw. der Wiederaufbau gewährleistet ist .

Hinsichtlich dieser wichtigen Fragen ist mit der landwirtschaftlichen Sachreferenten des C.d.Z. Verbindung aufzunehmen .

4/ In allen Fällen , in denen eine Uebereinstimmung der Interessen der Sicherheitspolizei einerseits und der deutschen Zivilverwaltung andererseits erzielt werden kann , ist mir vor Durchführung in Frage stehenden Einzelmassnahmen auf dem schnellsten Wege zu berichten und meine Entscheidung abzuwarten .

IV.

Die Chefs der Einsatzgruppen berichten mir laufend über die folgenden Sachverhalte :

I/ Zahlenmässige Uebersicht über die in ihren Bereichen befindlichen Juden / möglichst in der obenangegeben Gliederung / .

Es sind hierbei getrennt anzugeben die Zahlen der Juden , welche vom Lande zur Abwanderung gebracht werden und jener , welche sich bereits in den Städten befinden .

2./ Namen der Städte , welche als konzentrierungspunkte bestimmt worden sind .

3./ Die den Juden zur Abwanderung in die Städte gesetzten Termine .

4./ Uebersicht über alle jüdischen Lebens und Kriegs - oder für den Vierjahresplan wichtigen Industriezweige und Betriebe ihres Reiches .

Es sind möglichst folgende Feststellungen zu treffen :

a/ Art der Betriebe / zugleich Angabe der möglichen Umstellung des Betriebes zu wirklich lebenswichtigen , bzw. kriegswichtigen oder für den Vierjahresplan wichtigen Betrieben / ,

b/ welche von diesen Betrieben sind vordringlichst zu arisieren / um jedwede Schädigung auszuschalten / ?

Wie wird die Arisierung vorgeschlagen ? Deutsche oder Polen , diese Entscheidung ist abhängig von der Wichtigkeit des Betriebes .

c/ wie gross ist die Zahl der in diesen Betrieben beschäftigten Juden / darunter der leitenden Positionen /.

Kann der Betrieb nach Abschub der Juden ohne weiteres Aufrecht erhalten bleiben , oder bedarf diese Aufrechterhaltung der Zuteilung von Deutschen bzw. polnischen Arbeitskräften ? In welchen Umfange ? Soweit polnische Arbeitskräfte herangezogen werden müssen , ist darauf bedacht zu nehmen , dass diese vor allem aus den früheren deutschen Provinzen hereingeholt werden , so dass das Polentum dort bereits eine Auflockerung erfährt . Diese Fragen können nur durch Einschaltung und Beteiligung der eingerichteten deutschen Arbeitsämter durchgeführt werden .

Zur Erreichung der gestreckten Zielen erwarte ich restlosen Einsatz aller Kräfte der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes . Die benachbarten Chiefs der Einsatzgruppen haben miteinander sofort Fühlung aufzunehmen , damit die in Betracht kommenden Gebiete restlos erfasst werden .

VI.

Das OKH , der Beauftragte für Vierjahresplan / z. Hd. des Herrn Staatssekretärs Neumann / , das Reichsministerium des Innern / z.Hd. des Herrn Staatssekretärs S t u c k a r t für Ernäh -

rung und für Wirtschaft / z.Hd. des Herrn Staatssekretärs LAND -
FRIED / sowie die Chefs der Zivilverwaltung des besetzten Gebie-
tes haben Abzug dieses Erlasses erhalten .

gez. H e y d r i c h

Beglaubt :

gez. Schmidt

Kanzleiangestellte .

Für die Richtigkeit der Abschrift :

gez. Unterschrift

Major i. G.

. ooOoo

Za zgodność :

Za zgodność z *odpisem* ~~originalu~~

inym przez S. M. Licharskiego

Sędzię Rejonowy Specjalnego

Sądu Rejonowego w Krakowie

kn. 30.7.46.

[Signature]

